

NR.07 / NOVEMBER 2016

# GRÜN WÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

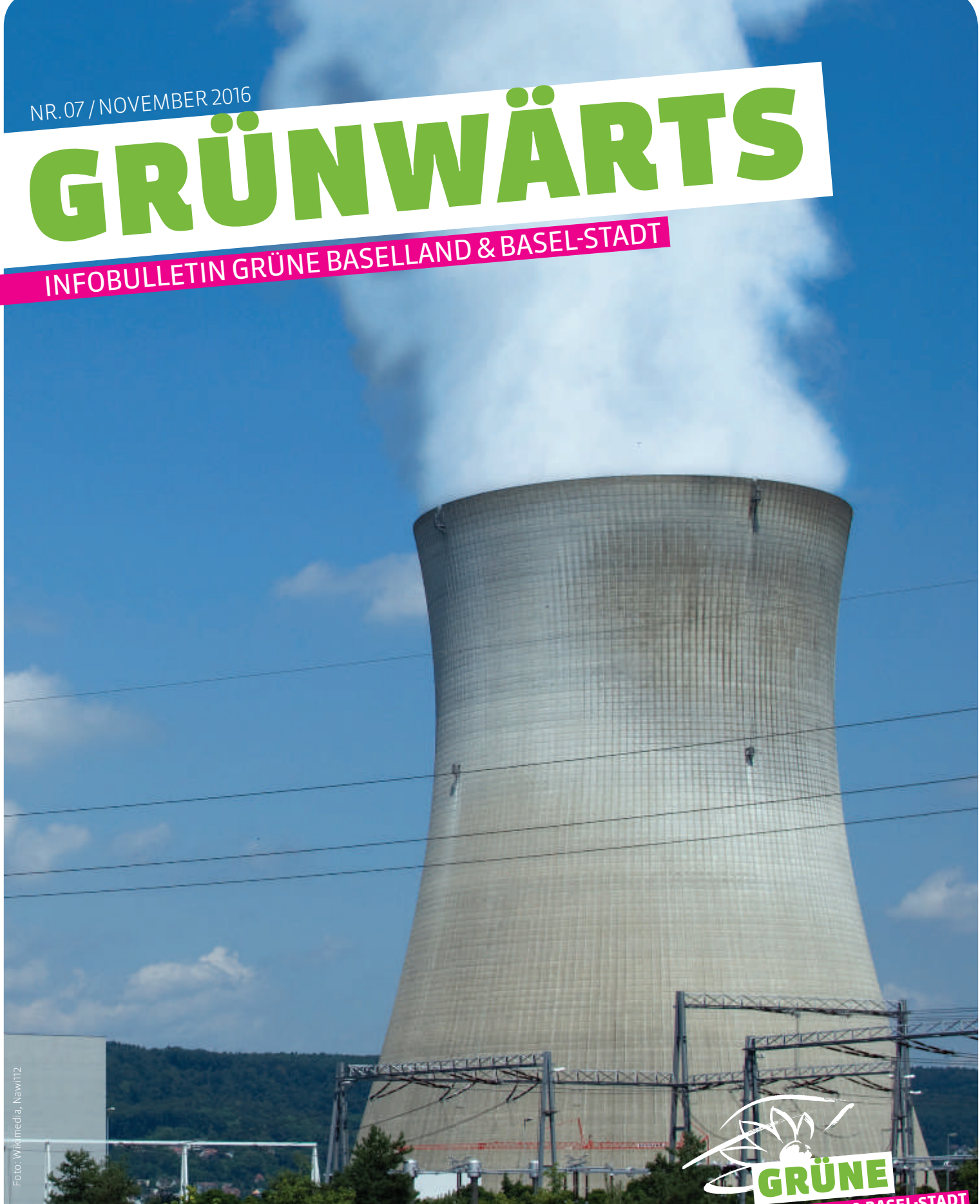


Foto: Wikimedia, Naw112



- > **ATOMAUSSTIEGSINITIATIVE:** GELDVERNICHTER ATOMKRAFTWERK S. 3
- > **GROSS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN:** WAHLSIEG FÜR ROT-GRÜN S. 8
- > **ABSTIMMUNGEN BASELLAND:** RHEINSTRASSE, ENERGIEGESETZ, DEPONIESTANDORT S. 10

- 2 Editorial
- 3 Thema: Atomausstieg
- 6 Eidgenössische Abstimmungen
- 7 Grossrat- und Regierungsratswahlen BS
- 8 Abstimmungen BL
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Pascal Benninger, Harald Friedl, Nathalie Martin, Laura Schwab, Martin Stohler, Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch  
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2450 Ex.

Redaktionsschluss:  
23. Oktober 2016

Nächste Ausgabe: Januar 2017



Bei der Abstimmung zur «Grünen Wirtschaft» erreichten wir mit einem Ja-Stimmen-Anteil von knapp 40 Prozent zwar einen Achtungserfolg. Die Enttäuschung war aber gross, nachdem die Prognosen zwei Monate vor der Abstimmung eine Zustimmung von über 60 Prozent vorhergesagt hatten.

Nun stimmen wir im November mit der Initiative für einen geordneten Atomausstieg bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr über eine Initiative von uns Grünen ab. Wiederum stehen die Prognosen vor der Abstimmung nicht schlecht. Damit es aber nicht wieder zu einem solchen Umschwung kommt, müssen wir alles geben.

Zudem wird in Basel-Stadt am 27. November auch noch gewählt. Nach dem Einzug von Elisabeth Ackermann in die Regierung geht es im zweiten Wahlgang um das Regierungspräsidium und die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat. Dafür brauchen wir nochmals eure volle Unterstützung brauchen. Eine erste Analyse der Resultate der Gross- und Regierungsratswahlen findet ihr auf Seite 7 in diesem Heft.

In Baselland stehen wichtige kantonale Abstimmungen an. Bei der Rheinstrasse geht es darum, das Versprechen von damals, die Strasse nach Beendigung der Umfahrung rückzubauen, zu halten, also zweimal Nein zu sagen. Die Revision des Energiegesetzes hat ihren Ursprung bei uns Grünen, weshalb wir hier geschlossen dahinter stehen, und bei den Deponien sagen wir Nein zum Standort Laufen. Die Argumentarien zu den Abstimmungen findet ihr auf Seite 8.

Wir hoffen, dass ihr mit dem vorliegenden Heft Anregungen für den noch kurzen Abstimmungskampf erhaltet und wünschen Euch und uns selber schon jetzt einen erfolgreichen Jahresabschluss.

Harald Friedl,  
Co-Präsident Grüne BS

# FINANZIELLE SCHIEFLAGE: ABSCHALTEN SPART GELD

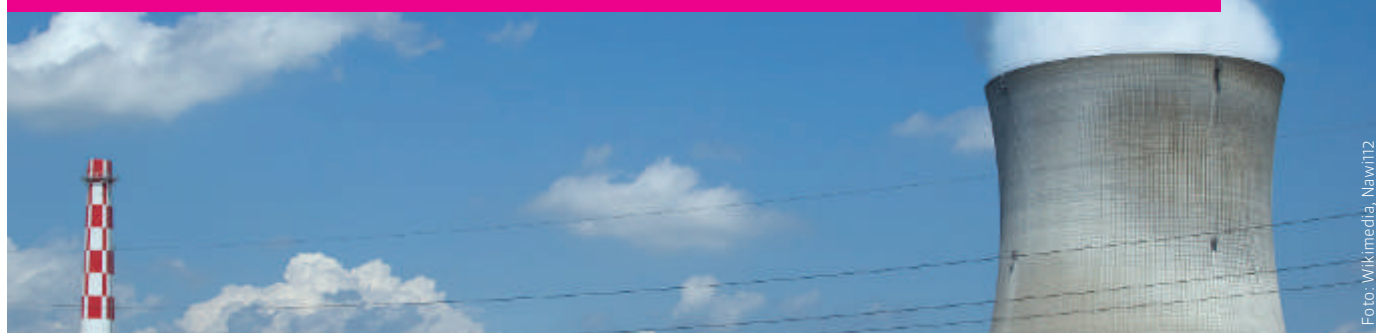


Foto: Wikimedia, Nawit2

Für den unabhängigen Energieexperten Kaspar Müller ist klar: Je schneller die AKW abgeschaltet werden, desto geringer werden die Verluste sein.

## KERNENERGIE WAR NIE RENTABEL

Schon 1984 an der Eröffnungsveranstaltung des KKW Leibstadt (KKL) erwähnte ein Direktor der EGL, dass die Gestehungskosten mit 11 Rappen pro Kilowattstunde unbestritten hoch seien. Beunruhigt schien er nicht, da man eine Mischrechnung machen könne. Gemeint war wohl eine Mischrechnung mit Wasser. Ein kritisches Hinterfragen hätte mehr Sinn ergeben. Denn das finanzielle Desaster zeichnete sich bald ab. 1999 verkauften die Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) ihre 5%-Beteiligung an Leibstadt. Ein übles Erwachen: Ihr Aktivum entpuppte sich als Minuswert, sie mussten 120 Mio. D-Mark bezahlen, um die Beteiligung loszuwerden. Und 1997 rechneten die Investmentbanker der Credit Suisse First Boston vor, dass die Kernkraftwerke bereits 5.3 Mrd. Franken in den Sand gesetzt hatten.

## STOISCHE RUHE

Die Betreiber liessen sich nicht aus der Ruhe bringen. Die Mär vom billigen Atomstrom wurde noch eindringlicher

erzählt. Unbeirrt hielten die Manager an ihren strategischen Grundannahmen fest: Es wird eine Stromlücke geben, die Strompreise werden steigen. Und erneuerbare Energien wurden gar verhöhnt. Es ist anders gekommen: Energieschwemme, Strompreise im Keller und Wind und Sonne boomen. Wer über Jahrzehnte mit seinen strategischen Kernannahmen derart falsch liegt, der schlittert, früher oder später, in eine finanzielle Schieflage.

## DAS KANN NICHT GUT GEHEN

Heute betragen die ausgewiesenen Gestehungskosten des KKL nur noch wenig mehr als die Hälfte, 5.99 Rp. pro kWh. Wie das möglich war, ist schwierig nachzuvollziehen. Es gibt ernsthafte Indizien, dass die Gestehungskosten betriebswirtschaftlich zwischen 10 bis 15 Rp. pro kWh liegen. Das entspricht auch den Strompreisgarantien für das neue KKW Hinkley Point C in England von ungefähr 15 Rp. pro kWh, welche für mindestens 35 Jahre vom britischen Staat zugesichert sind. Am freien Markt kann man heute und noch für einige Jahre den Strom zu rund 3 Rp. pro kWh verkaufen. Das kann nicht gut gehen.

## DROHEN HILFT WENIG

Heute geben sogar die Betreiber zu, dass sie mit Verlust produzieren und

eine Besserung kaum absehbar ist. Und trotzdem, sie drohen schon heute mit saftigen Schadenersatzforderungen für entgangene Gewinne, sollte die Eidgenössische Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» angenommen werden. Wie entgangene Gewinne zu begründen wären, bleibt schleierhaft. Im Gegenteil: Je schneller sie abschalten, desto geringer die Verluste.

## STILLEGUNGS- UND ENTSORGUNGSKOSTEN

Beznau ging 1969 ans Netz, die ersten Zahlungen in den Stilllegungsfonds erfolgten aber erst 1985, in den Entsorgungsfonds sogar erst im Jahre 2001, also 32 Jahre später. Das ist nicht seriös und missachtet das zentrale Vorsichtsprinzip.

## KERNENERGIE WAR NIE RENTABEL UND WIRD ES AUCH NIE SEIN

Ob man sich bei Mühleberg solche Überlegungen gemacht hat und deshalb abschaltet? Warum nur klammern sich andere Betreiber an ihre Verluste? Mit Wirtschaftlichkeit hat das nichts zu tun.

Kaspar Müller, unabhängiger Finanzmarktexperte

## ATOMKONZERNE: TOTGEGLAUBTE LEBEN LÄNGER

Könnten die AKW-Konzerne sich nicht auf den Steuerzahler verlassen, wären sie längst bankrott. Stattdessen leben wir immer gefährlicher.

Jahre und Jahrzehnte behaupteten die AKW-Betreiber, dass Atomstrom unverzichtbar sei, weil eine Stromlücke drohe und weil die erneuerbaren Energien allerhöchstens einen kleinen Bruchteil des benötigten Stroms produzieren könnten. Beide Behauptungen sind heute wiederlegt. In Deutschland wird ein AKW nach dem andern abgestellt und gleichzeitig erleben wir in Europa eine Stromschwemme. Die Preise an den Strombörsen sind ins Bodenlose gefallen. Wer sein Geschäftsmodell auf derart falschen Prognosen aufbaut, muss früher oder später scheitern. Die Atomkonzerne schreiben rote Zahlen. Jährlich müssen Hunderte von Millionen an Fehlinvestitionen abgeschrieben werden. Die Atomkonzerne kämpfen gegen den drohenden Konkurs, wenn sie ihren Strom nicht zu überbezahlten Preisen direkt bei im Monopol gebundenen Endkunden absetzen können. Absehbar ist sogar, dass die AKW-Betreiber vom Bund Subventionen für ihren unrentablen Strom verlangen werden. Ohne Staatshilfe wäre die Nuklearindustrie längst am Ende.

DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR, SICHER UND BILLIG

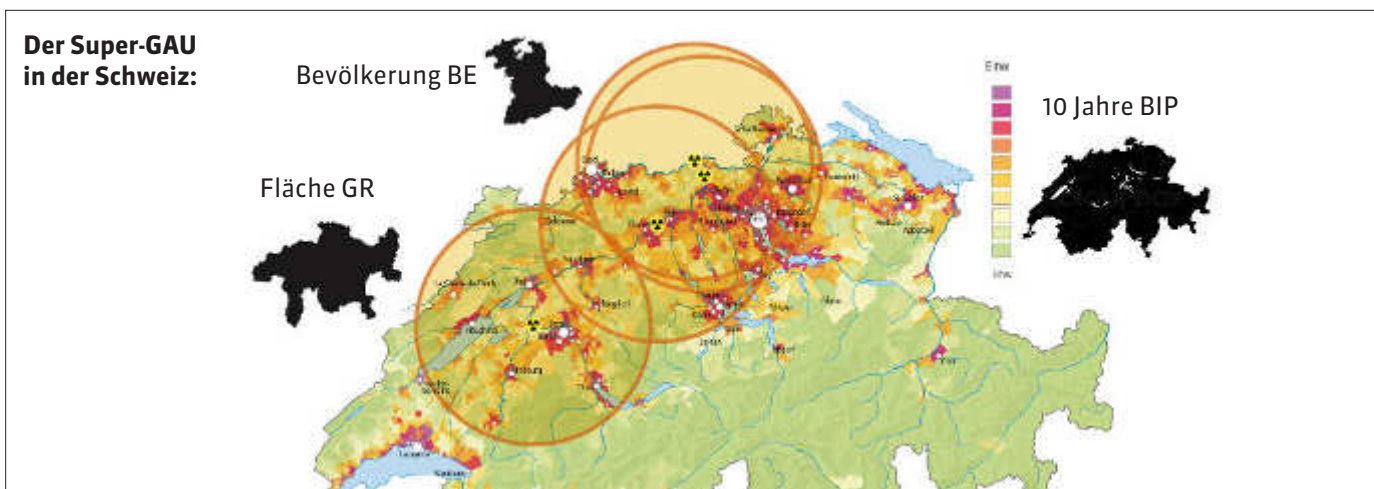
Demgegenüber decken die erneuerbaren Energien mittlerweile in Europa (EU-28) bereits einen Viertel des Strombedarfs. In Deutschland, das kaum Wasserstrom hat, waren es 2015 bereits mehr als 30 Prozent. Wind- und Solarstrom haben die Atomenergie abgehängt. Während AKW in den 90er Jahren noch 17 Prozent des weltweiten Strombedarfs deckten, ist dieser Anteil mittlerweile auf 10 Prozent gesunken. In Europa nimmt die Zahl der sich im Betrieb befindlichen AKW laufend ab. 1988 waren es noch 177 Reaktoren, mittlerweile ist die Zahl auf 128 gesunken. In den USA wurde seit 1996 kein einziges Atomkraftwerk mehr in Betrieb genommen. Fast nur in China, Russland und Indien, also in autoritären Staaten und mit Hilfe von enormen Staatssubventionen gehen neue Atomkraftwerke in Betrieb. Investitionen in erneuerbare Energien sind demgegenüber zum rentablen Geschäft geworden. Die Versorgung aus Grosskraftwerken macht zunehmend einer dezentralen Stromerzeugung Platz. Investitionen in Wind- und Solarstrom sind heute selbst ohne Einspeisevergütungen rentabel, obwohl das Solarzeitalter eben erst begonnen hat. Speichertechnologien und der Ersatz von fossilen Energien aus

im Überfluss vorhandenem Wind- und Solarstrom werden sich durchsetzen. Die Schweiz hinkt dieser Entwicklung leider hintennach und die Energiewende ist in den Eidgenössischen Räten zu einer Version «light» verkommen.

ATOMKRAFTWERKE, IMMER ÄLTER UND GEFÄHRLICHER

Die Perspektiven sind also rosig, aber die Gefährlichkeit der alten Atommeiler nimmt zu. Seilbahnen müssen alle 30 Jahre ihre Konzession erneuern und den Nachweis erbringen, dass sie weiterhin sicher betrieben werden können. Wer würde schon in ein Flugzeug steigen, das älter als 30 Jahre ist. Aber ausgerechnet AKW haben in der Schweiz eine zeitlich unbeschränkte Betriebsgenehmigung. Angeblich werden die bestehenden Atommeiler laufend erneuert und die Betreiber rühmen sich, dass diese topmodern seien. Die kritischen Teile, insbesondere der Reaktor selbst, können aber nicht erneuert werden. Schlimm ist, dass die Aufsichtsbehörde ENSI sich auf die Aussagen der Betreiber abstützt und diese nicht genügend kritisch hinterfragt. Am 27. November kann mit einem Ja zum geordneten Atomausstieg diesem Spuk ein Ende bereitet werden.

Jürg Stöcklin, Präsident Trinationaler Atomschutzbund



## RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN ÜBERSTEIFEN DEN NUTZEN

Wäre die Atomenergie ein Medikament, sie wäre schon lange verboten. Die Risiken und Nebenwirkungen übersteigen den Nutzen bei weitem und es gibt Alternativen, die erst noch viel günstiger sind.

Jeder einzelne Schritt der Kernenergienutzung – vom Uranabbau über den Normalbetrieb bis zur Endlagerung – ist mit Risiken und Nebenwirkungen für die Natur, die Umwelt und den Menschen verbunden:

1. URANABBAU: Beim Uranabbau werden die ArbeiterInnen einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt und der entstehende Staub verseucht das Grundwasser und die Umwelt. Was nach dem Abbau zurückbleibt ist radioaktiver Atom Müll.
2. NORMALBETRIEB: Auch im Normalbetrieb eines AKW werden laufend geringe Mengen radioaktiver Stoffe an die Umwelt abgegeben. AKW-MitarbeiterInnen sind daher erhöhten Krebsrisiken ausgesetzt und Kinder, die in der Umgebung von AKWs aufwachsen, erkranken häufiger an Leukämie.
3. ENDLAGERUNG: Die Endlagerung stellt uns vor zahlreiche Probleme: wie soll der radioaktive Atom Müll über viele Tausend Jahre sicher gelagert werden, ohne den Boden und das Grundwasser zu kontaminieren? Lösungen gibt es bisher keine. Zweifellos werden zukünftige Generationen die gesundheitlichen Folgen tragen müssen.
4. UNFÄLLE: Gerne möchten wir die Folgen eines grossen Unfalls ausblenden. Aber nach den Unfällen von Tschernobyl und Fukushima ist eine verstrahlte Heimat für Millionen von Menschen die bittere Wahrheit.

In Fachzeitschriften werden laufend Studien publiziert, die die vielfältigen gesundheitlichen und psychischen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe dokumentieren. Für die Lokalbevölke-

rung zeigt sich nach der Tschernobyl-Katastrophe ein gehäuftes Auftreten von Krebsfällen, Herzkreislauf- und Lungenerkrankungen, Missbildungen, Tot- und Fehlgeburten, psychischen Problemen und vielen weiteren Folgeerkrankungen. Die Radioaktivität hat damals nicht vor den Landesgrenzen halt gemacht: Die verhältnismässig geringe zusätzliche Strahlenbelastung durch die Tschernobylkatastrophe hat auch in Deutschland und der Schweiz zu einem Anstieg der Krebsfälle geführt.

In der Geschichte der Kernenergie gibt es zahlreiche Unfälle, Tschernobyl und Fukushima sind uns dabei am ehesten präsent. Es sind aber bei weitem nicht die einzigen. Wo gearbeitet wird, passieren Unfälle. Zwar lernt man aus Unfällen und kann damit das Risiko zukünftiger gleichgearteter Unfälle minimieren. Aber Unfälle wird es immer geben. Nebst menschlichem Versagen sind auch Naturkatastrophen und gezielte Terrorangriffe nie auszuschliessen. Schweizer AKW sind hier genauso gefährdet wie AKW im Ausland.

### AM SCHLUSS BLEIBT NUR DIE EVAKUATION

Im Falle einer Atomkatastrophe kommt es für die Bevölkerung im Umkreis des Atomreaktors zu akuten und langfristigen, körperlichen aber auch psychischen Strahlenfolgen. Die Einnahme von Jodtabletten – wie sie im Umkreis von 50 Kilometern auch um die schweizerischen AKW vorsorglich abgegeben werden – können zwar die Schilddrüse vor der Aufnahme von radioaktivem Jod schützen. Sie schützen aber nicht generell vor Strahlung. Evakuierungsprogramme (sofern vorhanden) bieten den betroffenen Anwohnern die Möglich-

keit, in weniger verstrahlte Gebiete umzusiedeln. Die psychischen und finanziellen Folgen sind allerdings erheblich. Das vertraute Heim muss verlassen und sämtliche persönliche Gegenstände müssen vor Ort belassen werden, was faktisch einer Enteignung gleich kommt. Eine Umsiedelung in einem kleinen Land wie der Schweiz ist zudem schwierig. Am Beispiel Tschernobyl oder Fukushima zeigt sich die ungeheure Dimension und die weitreichende Konsequenz eines Unfalls. Unfälle wie Tschernobyl oder Fukushima sind auch in Zukunft zu befürchten – sie betreffen viele Millionen Menschen auch in einer Entfernung von Tausenden von Kilometern über mehrere Generationen. Die Atomenergie ist für den Menschen eine um mehrere Grössenordnungen zu gewaltige, zu konzentrierte und zu riskante Energieform.

Die Risiken und Nebenwirkungen der Kernenergie übersteigen deutlich den Nutzen. Gute, risikoarme Alternativen sind vorhanden. Sie sind zudem günstiger als das defizitäre Kernenergiegeschäft. Die logische Konsequenz ist ein Ausstieg aus der Atomenergie.

Als MedizinerInnen, die sich um die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung Sorgen machen, engagieren wir uns daher im Rahmen des nationalen und regionalen Komitees für ein „Ja zum geordneten Atomausstieg“. Als ÄrztInnen sind wir verpflichtet, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken zu warnen. Unsere Motivation ist einzig und allein der Bevölkerungsschutz.

Dr. Bettina Wölnerhanssen, Ärztekomitee für den geordneten Atomausstieg, Chirurgin und Forscherin, PSR/IPPNW Schweiz

# ABSCHALTDATUM FÜR URALT-REAKTOREN



Die Initiative für den geordneten Atomausstieg fordert das Bau- und Betriebsverbot für neue und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende Atomkraftwerke.

Kaum ein Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz. Rund 60 Prozent unserer Stromversorgung liefert die einheimische Wasserkraft, zuverlässig und seit vielen Jahrzehnten. Die Schweiz braucht keine Atomkraftwerke. Die Erzeugung von Atomstrom gleicht sowohl gesundheitlich wie auch wirtschaftlich einem Russischen Roulette. Alternativen gibt es in Fülle: Erneuerbare Energie aus Sonne, Wind, Biomasse und Umweltwärme ist mehr als genug vorhanden. Insgesamt stehen 40'000 Energieprojekte auf der KEV-Warteliste des Bundes bereit und können umgesetzt werden. Sie alleine ersetzen uns den Atomstrom aus den Atomkraftwerken Mühleberg und Beznau I und II. Sonne und Wind

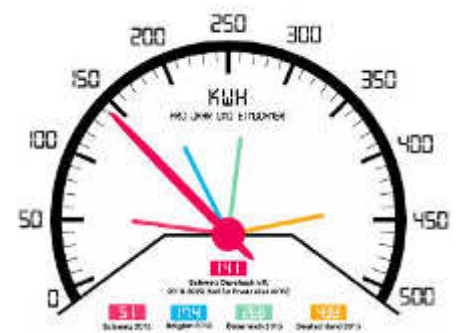
regenerieren sich von selbst und stehen praktisch unerschöpflich zur Verfügung. Sie müssen weder beschafft noch angeliefert werden, machen uns unabhängig von grossen Rohstoffimporten. Zudem ergänzen sich Wasserkraft, Sonne und Wind optimal. Die in den Stauseen gespeicherte Energie versorgt die Schweiz dann mit Strom, wenn weder Sonne noch Wind verfügbar sind.

## STROMSCHWEMME, NICHT STROMLÜCKE

Bis heute ist keine der Vorhersagen einer Stromlücke eingetroffen. Ganz einfach, weil die zugrundeliegenden Annahmen falsch waren. Die Deckung unseres künftigen Strombedarfs ist vollständig mit erneuerbaren Energien und verbrauchssenkenden Massnahmen möglich – das zeigen nicht bloss detailliert berechnete ökologische Gesamtszenarien der ETH. Sogar die vorsichtigen Berechnungen des Bundesamtes für Energie zeigen die realistischen Möglichkeiten des ökologischen Umbaus der Stromversorgung auf. Auch in Deutschland wurde immer von einer Stromlücke gewarnt. Der Zubau bei der Wind- und Sonnenenergie hat jedoch die grössten Optimisten überrascht und führte zur heutigen Stromschwemme.

UNSERE NACHBARN MACHEN ES VOR  
Natürlich braucht es einen Zubau von erneuerbaren Energien, um die veralteten Atomkraftwerke zu ersetzen. Dass dies aber zu schaffen ist, zeigen uns unsere Nachbarn in der EU. Um alle Atomkraftwerke bis ins Jahr 2029 abzuschalten, brauchen wir eine Zubaurate von 141 Kilowattstunden pro Jahr und Ein-

wohnerIn. Während wir in der Schweiz aktuell noch mit 51 Kilowattstunden unterwegs sind, haben unsere Nachbarn in Deutschland (433 kWh), Belgien (174 kWh) und in Österreich (268 kWh) schon längst vorgemacht, wie's geht.



## FEIERN WIR DEN ATOMAUSSTIEG

In der Region Basel geben wir mit dem regionalen Komitee Vollgas. Eine breite Koalition aus Politik, Kirche, Wirtschaft, Kultur und Medizin ist dem Regiokomitee beigetreten, wir organisieren Werbematerial, Podien und Aktionen. Am 19. November steigt in Sissach die grosse Atomausstiegsparty mit Musik und Poetryslam unter dem Motto «Tschüss 1969 – es ist vorbei!». Es ist das Jahr der Inbetriebnahme des ältesten Atomkraftwerk der Welt: Beznau. Wir treffen uns am 19. November im Bistro Cheesmeyer in Sissach ab 19 Uhr und spätestens am 27. November an der Urne mit einem wuchtigen Ja zum geordneten Atomausstieg.

Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL,  
Sissach



Unsere Kandidatin Elisabeth Ackermann wurde im ersten Wahlgang in die Regierung gewählt. Am 27. November geht es ums Regierungspräsidium und die Mehrheit von Rot-Grün.

Wer hätte das gedacht: Bereits in diesem Heft können wir Elisabeth Ackermann zum Einzug in den Basler Regierungsrat gratulieren. Bei der Verkündung der Zwischenresultate lag Elisabeth noch über 200 Stimmen unterhalb des absoluten Mehrs. Umso grösser war die Überraschung und Freude, dass die UrnengängerInnen das Resultat für uns Grüne noch dermassen verbesserten, dass es bereits im ersten Wahlgang für Elisabeth reichte. Ein historisches Ereignis, konnte doch erstmals eine grüne KandidatIn bei ihrem ersten Antreten auf Anhieb einen Regierungsratssitz erlangen. Nun gilt es für uns im zweiten Wahlgang am 27. November unsere WählerInnen nochmals zu mobilisieren, um die rot-grüne Regierungsmehrheit zu verteidigen und das Regierungspräsidium in der Hand von uns Grünen zu behalten.

#### BÜNDNIS BAUT DEN ANTEIL IM GROSSEN RAT AUS

Entgegen aller Umfragen und Vorhersagen konnte Rot-Grün auch bei den Grossratswahlen zulegen, was das hervorragende Ergebnis dieser Wahlen noch vervollständigte. Damit ist in Basel der in den Medien prognostizierte Rechtsrutsch nicht eingetreten. Das Gegenteil ist der Fall: Die Linke konnte zwar nicht massiv, aber trotzdem spürbar Anteile im Grossen Rat dazugewinnen, womit die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat nicht mehr so dominant ist. Das Bündnis Grüne BastA! jgb konnte gegenüber den Wahlen von 2012 deutlich um 1,6 Prozentpunkte zulegen und hat neu einen Wähleranteil von 13,4 Prozent. Aus diesem prozentualen Zuwachs resultierte ein Sitzgewinn im Kleinbasel, wo wir mit 16,6 Prozent auch den höchsten Stimmenanteil zu verzeichnen hatten. Neu hat das Bündnis Grüne BastA! jgb 14 Sitze (+1) im Grossen Rat. Wir Grünen konnten dabei unsere Position innerhalb des Bündnisses ausbauen und 10 der 14 Sitze erringen.

#### GROSSBASEL OST

**Elisabeth Ackermann** (Grüne, bisher), **Michael Wüthrich** (Grüne, bisher) und Daniel Spirgi (BastA!, bisher). Da Elisabeth Ackermann gleichzeitig in den Regierungsrat gewählt wurde, wird unsere Vizepräsidentin **Barbara Wegmann** als erste Nachrückende in den Grossen Rat einziehen.

#### GROSSBASEL WEST

**Nora Bertschi** (Grüne, bisher), **Anita Lachenmeier** (Grüne, bisher), Beatrice Messerli (BastA!, bisher), **Raphael Fuhrer** (Grüne, bisher) und **Jürg Stöcklin** (Grüne).

#### KLEINBASEL

Tonja Zürcher (BastA!, bisher), Beat Leuthard (BastA!, bisher), **Michelle Lachenmeier** (Grüne), **Talha Ugur Camlibel** (Grüne, bisher) und **Harald Friedl** (Grüne, bisher)

#### RIEHEN

**Thomas Grossenbacher** (Grüne, bisher)

Wir gratulieren den Gewählten ganz herzlich zu ihrer Wahl.

### DEUTLICHES NEIN DER GRÜNEN BASELLAND ZUR FESTLEGUNG DER DEPONIESTANDORTE

Die Grünen Baselland haben an ihrer Mitgliederversammlung mit grosser Mehrheit die Unterstützung des Referendums gegen den Landratsbeschluss beschlossen und somit gegen die Festlegung neuer Deponiestandorte im Kantonalen Richtplan (KRIP) gestimmt. Für die Anwesenden ist der Schutz und Erhalt der betroffenen Quellen in Blauen und Zwingen klar höher zu gewichten als zwei grosse Deponiestandorte.

Die beiden Standorte liegen im Einzugsgebiet von zwei regional bedeutsamen Quellen, in welchen nach der Gewässerschutzverordnung keine Deponien eingerichtet werden dürfen. Um diese Deponien schliesslich zu legalisieren, müsste die Nutzung mindestens von einer der beiden Quellen eingestellt werden.

Dieses Vorgehen widerspricht klar dem Konzept räumliche Entwicklung BL KORE, welches den Schutz solcher Ge-

biote vorsieht. Zudem besagt die Wasserstrategie BL von 2012, dass bei einer Interessensabwägung die Erhaltung der Ressource Wasser immer stärker zu gewichten ist als andere Bedürfnisse.

Die Grünen Baselland kritisieren, dass der Regierungsrat mögliche Alternativen nicht geprüft hat. So hat beispielsweise St.-Louis ein zu füllendes Kiesgrubengelände (Postulat von Klaus Kirchmayr: «Sieben auf einen Streich»). Auch an Bahnhöfen könnte das Aushubmaterial zwischengelagert werden. Dieses könnte anschliessend an benötigten Stellen wiederverwendet werden. Vor dem Hintergrund der globalen Erwärmung sowie Hochwasser und Trockenheit in der jüngsten Vergangenheit ist das Vorhaben des Kantons, wertvolle Trinkwasserquellen zuzuschütten, absolut unverständig.

Lotti Stokar, Landrätin Oberwil  
Angelo Bolzern, Grüne Region Laufen

### ZWEIMAL NEIN ZUR RHEINSTRASSE



Die formulierte Gesetzesinitiative «zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal» will den Rückbau der Rheinstrasse verhindern. Sie verlangt eine dreispurige Strasse mit je einer Normalspur pro Richtung und einem mittigen Mehrweckstreifen sowie Verkehrsleitsystemen dazu. Auch mit dem Gegenvorschlag der Regierung soll die Rheinstrasse als leistungsfähige Umfahrung der A22 dienen. Der Rückbau der Rheinstrasse gehört aber zum an der Urne beschlossenen Gesamtprojekt der A22. Er war als Umweltauflage zwingender Projektbestandteil. Der Nicht-Rückbau ist ein Verstoss sowohl gegen Treu und Glauben wie auch gegen das Umweltschutzgesetz sprich gegen geltendes Recht.

Anna Ott, Vizepräsidentin Grüne BL



### JA ZUR ENERGIEABGABE, JA ZUM NEUEN ENERGIEGESETZ

Alles begann vor zehn Jahren. Sarah Martin und Philipp Schoch schnürten in der Umwelt- und Energiekommission des Landrats das Energiepaket, welches sich zu einer richtigen Erfolgsgeschichte entwickelte. Investitionen von gegen 200 Millionen in energetische Gebäudesanierungen wurden ausgelöst. Drei Jahre später folgte unsere Weg-vom-Öl-Initiative, deren Gegenvorschlag schliesslich vom Volk angenommen wurde. Parallel dazu machte sich der Landrat auf grüne Initiative hin an die Revision des veralteten, wenig griffigen Energiegesetzes. Als Resultat liegt dem Volk ein neues Energiegesetz samt nachhaltiger Finanzierung vor. Dabei konnten viele grüne Anliegen und viel grüne Politik eingebaut werden. Am 27. November stimmen wir über dieses Resultat von zehn Jahren grüner Energiepolitik ab. Die Mitgliederversammlung fasst klar die Ja-Parole.

Klaus Kirchmayr, Landrat





# NICHT NUR IN POLEN: POLITPROPAGANDA AUF KOSTEN VON MENSCHENRECHTEN

Mit einer Scheindiskussion über ein Abtreibungsverbot machte in Polen die rechtskonservative Regierung Stimmung für ihre Sache.

Mit der Organisation des seit 1984 regelmässig stattfindenden «Weltjugendtages», der sich in erster Linie auf die katholische Jugend bezieht, wurde Krakau dieses Jahr zu einem absoluten Touristenmagnet. Dies ist wohl hauptsächlich auf den damit verbundenen Papstbesuch zurückzuführen. Junge Menschen aus der ganzen Welt und unzählige PolInnen fanden durch dieses Ereignis in die ehemalige Königsstadt. Für ein paar Tage war Krakau wieder das politische und mediale Zentrum Polens.

Eine ideale Plattform für allerlei politische Aktivitäten also, ganz besonders für die Gegner und Befürworter eines Abtreibungsverbots, welches vor ein paar Wochen in der grossen Kammer Polens (Sejm) diskutiert wurde.

Abtreibung ist in Polen im Prinzip schon seit 1993 verboten. Eine Schwangerschaft abzubrechen ist nur in den drei folgenden Fällen erlaubt: wenn die Schwangerschaft Resultat eines Straftatbestandes ist, wenn die Mutter

stark gefährdet ist oder wenn pränatale Untersuchungen Hinweis auf eine unheilbare Behinderung oder schwere Krankheit des Fötus geben.

## NEBELPETARDE FÜR DIE EIGENEN WÄHLERINNEN

Der neue Gesetzesentwurf ging dabei noch weiter, er verlangte, dass nur noch in Fällen der Gefährdung der Mutter eine legale Abtreibung möglich sei. Ärzte, die dennoch eine Abtreibung durchführten, sollte eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren drohen.

Dass der Gesetzesentwurf angenommen werden sollte, damit rechnete eigentlich fast niemand – das hätte die bereits sehr aktive ausserparlamentarische Opposition nur weiter aufgewühlt. Aber es war augenscheinlich, dass die nationalistisch-populistische Regierungspartei und auch einige andere Sejm-Abgeordnete Gefallen am neuen Gesetzesentwurf fanden. Ein Entwurf für die Verschärfung eines Gesetzes, für welches Polen bereits mehrmals vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt wurde.

Die Regierung interessierte sich dabei aber wohl mehr für ihre erzkonservative Wählerschaft, welche federführend bei diesem Abtreibungsverbot gewesen

war, als für das Gesetz selbst und trauert nun dem Scheitern des Entwurfes nicht wirklich nach – weshalb ihr auch politisches Kalkül vorgeworfen wird.

## BEKANNTES SCHWEIZER MUSTER

Nun, so viel zur Situation in Polen, aber was hat das mit uns zu tun? Erstens ist es natürlich nicht schwierig, gewisse Parallelen zur Schweiz zu ziehen. Das Problem, dass politische Parteien sich immer mehr dem Populismus verschreiben und mitunter menschenrechtsverletzende Gesetzesentwürfe unterstützen, findet sich nicht nur in Polen. Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit gibt es «en masse». Die Schweiz ist nicht der Musterknabe, den sie vorgibt zu sein. Natürlich sind unsere Lebensrealitäten ganz anders, doch Polen zeigt uns, woran wir uns kein Beispiel nehmen sollten.

Andererseits schläft die polnische Opposition nicht und scheut sich auch nicht vor grossen Aktionen oder davor, mal etwas Neues zu versuchen. Auch wenn die Hürden noch so gross scheinen. In diesem Sinne kann Polen auch ein Vorbild sein, uns dazu anspornen, etwas mutiger zu werden.

Reja Wyss, Vorstand jgb

### GRÜNE WIRTSCHAFT – OHNE ATOMSTROM!



Auch wenn die von Wirtschaftsverbänden verbreitete Angst, etwas Mutiges zu tun, noch stärker war: schon am Tag nach der Abstimmung bestätigten es sogar GegnerInnen – die Zukunft gehört der grünen Wirtschaft!

Das soll uns Mut machen. Wir dürfen nicht locker lassen und sind schon wieder mittendrin: Im November stimmen wir über unsere Initiative zum Ausstieg aus der Kernkraft ab, und diese Abstimmung werden wir gewinnen, wenn alle mitmachen.

Es gibt keine grüne Wirtschaft ohne nachhaltige Energieversorgung, daran führt kein Weg vorbei – die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien!

Mit der Energiestrategie 2050 wurden die Weichen zunächst einmal richtig gestellt. Bloss eines fehlt noch: der Beschluss zum überfälligen Ausstieg aus der Kernkraft. Die Kernkraft bringt uns keine Versorgungssicherheit, was paradoxerweise just die Betreiber demonstrieren. Im Gegenteil, die Abfallprobleme und Sicherheitsrisiken werden ständig nur noch grösser. Darum soll es im November heissen: Schluss mit Atomstrom!

Isaac Reber, Regierungsrat  
Grüne BL, Sissach

### MOBILITÄTSKONZEPTE STATT UNNÖTIGER PARKPLÄTZE!

Immer mehr Kantone ermöglichen den autoarmen Siedlungsbau. Neue Gesetze ersetzen starre Parkplatzpflichten mit modernen Mobilitätskonzepten. Dadurch sind pionierhafte Siedlungen wie «Kalkbreite», «HunzikerAreal», «Oberfeld», «Burgunder» und viele weitere entstanden, ähnliche Projekte sind in Planung. Die Motion der Grünen Landrätin Lotti Stokar zwingt auch den Kanton Baselland, sich mit dieser Entwicklung zu befassen. Die Regierung ist leider sehr zurückhaltend. Es wird den Druck der Bevölkerung brauchen, damit am Ende ein zukunftsfähiges, neues Gesetz entsteht.

Die Grünen bleiben dran: in hartnäckiger Kommissionsarbeit, mit unserer Stimme im Parlament und der Unterstützung aus der Bevölkerung.

Pascal Benninger, Vizepräsident Grüne BL, Sissach



### SPANNENDE DISKUSSIONEN: RETRAITE GRÜNE BL

Unter der Leitung von Petra Huth und Lukas Ott haben über 30 Mitglieder und Sympathisierende aus allen Ortssektionen diskutiert, wie wir neue Mitglieder gewinnen, wie wir diese aktiv einbinden und welche personellen Ressourcen wir bei Wahlen benötigen. Im zweiten Teil fokussierte die Gruppe auf die inhaltlichen Schwerpunkte: wie verstärken wir die nationalen Themen im Kanton und welche Themen brennen uns unter den Nägeln?

Die Resultate nimmt die Geschäftsleitung zurück und wird damit weiterarbeiten. Herzlichen Dank für die spannenden Diskussionen, das aktive Mitmachen und die Verköstigung durch die Grünen Reinach / Aesch / Pfeffingen.

Nathalie Martin, Geschäftsführerin Grüne BL

## NEUES ENERGIEGESETZ BRINGT MEHR ERNEUERBARE ENERGIE

In den letzten Monaten beschäftigte sich die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) mit der Revision des aktuellen Energiegesetzes aus dem Jahr 1998. Auslöser war unter anderem die Einreichung der Initiative «Basel erneuerbar» sowie 20 energiepolitische Vorstösse, einige auch aus unserer Fraktion.

Im Fokus des vorliegenden Entwurfs stehen die Umstellung auf erneuerbare Wärmeerzeugung bis 2050, die Anpassung an nationale Fördergefässe und Standards im Energiebereich sowie an den internationalen Fortschritt im Klimaschutz und der Energietechnik. Der Strom in Basel-Stadt bleibt weiterhin 100 Prozent erneuerbar, die Fernwärme zu 80 Prozent. Konkret sieht das Gesetz Beiträge aus kantonalen und nationalen Abgaben vor, um die circa 3'000 Öl- und 10'000 Gasheizungen in unserem Kanton mit erneuerbaren Heizsystemen kostenneutral zu ersetzen. Weiter beinhaltet das Gesetz verschiedene Anpassungen in den Modalitäten der Förderinstrumente und Präzisierungen zur Energiepolitik im Allgemeinen: Die strengen Vorgaben für Neubauten, die Vorbildfunktion des Kantons in seinem Immobilienportfolio sowie Bestrebungen im Energiesparen und der Energieplanung bleiben oder werden griffiger.

Aus grüner Sicht ist der vorliegende Gesetzesentwurf ein grosser Schritt in die richtige Richtung, auch wenn einige Abschwächungen im Vergleich zu «Basel erneuerbar» hingenommen werden müssen. Sie bewirken jedoch, dass die angestrebten Veränderungen weitgehend kostenneutral sowohl für Betroffene, etwa Hauseigentümer oder Mieterinnen, wie auch für die kantonalen Förderstellen umgesetzt werden können und das mittels Anreizen statt Verboten. Der letztgenannte Punkt müsste den vorgeschlagenen Weg auch für Personen und Verbände ausserhalb des «ökologischen Kuchens» gangbar machen. Schade für uns Grüne ist, dass die Lenkungsabgabe auf Energie nicht aktualisiert wurde. Mehr als nur ein Schönheitsfehler ist die komplette Ausklammerung der Mobilität, eine der grössten Verschleuderungen fossiler Energie überhaupt. Und ehrlicherweise müssten in diesem Zusammenhang auch Überlegungen zu grauer Energie oder zur Ernährung gemacht werden.

Raphael Fuhrer, Grossrat Grüne

## FAMILIENPOLITIK IM GROSSEN RAT



Vergangenen Monat haben die Bürgerlichen mit zwei Vorstössen erfolglos die steuerliche Entlastung von Familien gefordert: Der Kinderabzug sowie der Abzug für Kinderbetreuungskosten sollten erhöht werden. Beide Vorstösse wurden glücklicherweise nicht überwiesen. Denn durch eine finanzielle Entlastung der Familien durch Steuergeschenke profitieren bedürftige Familien nicht. Gerechter wäre es dagegen, Leistungen wie Kinder- und Ausbildungszulagen auszubauen. Zudem wollen die Bürgerlichen nicht wahrhaben, dass Familienförderung nicht allein über finanzielle Aspekte erfolgen kann. Wichtig ist ein auf die Bedürfnisse der Familien ausgerichtetes Fremdbetreuungsangebot. Hier hinkt Basel-Stadt gerade bei der Betreuung von Schulkindern während den Ferien hinterher. Auch ist entscheidend, dass Väter von Anfang an eine Beziehung zu ihren Kindern aufbauen können. Hoffentlich bringt die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub diesbezüglich eine Verbesserung. Und schliesslich muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich sein. Immerhin hat hier der Grosse Rat zwei Vorstösse vom uns zur Förderung von Jobharing und Teilzeitpensen überwiesen.

Nora Bertschi, Grossrätin Grüne Basel-Stadt

**Jetzt gilt:** Die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat sichern.

# Damit sich Basel weiterhin gegen AKW wehrt.

**Hans-Peter Wessels**  
wieder in die Regierung



**Heidi Mück**  
in die Regierung



**Elisabeth Ackermann**  
ins Regierungspräsidium





[www.baselmachtsbesser.ch](http://www.baselmachtsbesser.ch)  
SP, Grüne, BastA!

## Ortssektionen und Arbeitsgruppen

### BÜRGERGEMEINDERATS- WAHLEN

Im nächsten Mai finden die Bürgergemeinderatswahlen in Basel statt und wir sind auf der Suche nach KandidatInnen. Aktuell vertreten uns in der Fraktion Grünes Bündnis Eda Camlibel, Claudius Gelzer, Stefan Rommerskirchen und Jürg Stöcklin. Bei Interesse an einer Kandidatur setze Dich mit uns in Verbindung: [sekretariat@gruene-bs.ch](mailto:sekretariat@gruene-bs.ch)

### NEUES MITGLIED IN DER SCHULKOMMISSION



Nach dem Rücktritt von Boris Brüderlin wurde Paula Borer in die Schulkommission des Wirtschaftsgymnasiums und –mittelschule gewählt. Sie ist Historikerin am der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe. Herzliche Gratulation!

### RIEHENER KOMMENTAR

Die rot-grüne Regierung hat eine Lebensqualität ermöglicht, die ich mir immer wieder vor Augen führe: Genügend Krippenplätze, Klassengrößen unter dem Maximalwert, Steuerabzüge für den Mittelstand, die diesen Namen verdienen, eine sehr vielfältige und qualitativ hochwertige Kultur, eine zuverlässige Infrastruktur, neue Museen, neue Schulhäuser, neue Bauten für die Universität, ein neues Spital...

Der Groll aus dem bürgerlichen Lager ist mit diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar: Neulich erboste sich jemand darüber, dass er das Tram verpasst hat, weil sein Bus Verspätung hatte! Und die Baustellen vor dem eigenen Haus! Aber hallo? Die bauen für uns, damit wir jederzeit spülen können und unser Abfall entsorgt wird.

Stets bemüht, die Prioritäten richtig zu setzen und mich für die Lebensqualität, erneuerbare Energie, umweltfreundliche Mobilität und eine offene Gesellschaft in Riehen einzusetzen, freue ich mich über Deine Anregungen für ein grüneres Riehen.

Andreas Tereh, Einwohnerrat Riehen

### DAS LETZTE

Unsere Freunde von den konservativen Parteien und Verbänden legen sich bekanntlich ins Zeug, wenn es um das Verhindern von Kurzschlüssen geht. Besonders bezüglich «AKW-Kurzschlussbehandlungen» sind sie besorgt, dass uns der Saft ausgeht und Millionen alter Menschen auf Treppenliften stecken bleiben. Darum unser erster Vorschlag an sie und alle weiteren Betroffenen, besonders nach zeitintensiven Wahl- und Abstimmungskämpfen: besucht eure Eltern, Gross- und Urgrosseltern, denn auch sie könnten irgendwo zwischen Küche und Schlafzimmer in einer kurzschlussbedingten Stromlücke feststecken, schliesslich laufen die AKW derzeit so unregelmässig bis gar nicht – am besten per Velo (wer weiss, ob noch Züge fahren in dieser postapokalyptischen Schweiz).

Nun zum zweiten Vorschlag: Liebe Konservative, eure Besorgnis wegen unserer Kurzschlussbehandlungen in Ehren, aber das scheint uns doch eher ein Problem der eurigen Seite zu sein: Bastien Girod und die Grünen medial als Taliban zu diffamieren, nein, offensichtlich ein photoshopesker Kurzschluss. Aber wir wollen konstruktiv bleiben, darum noch etwas auf den Weg für die kurzschlussgeplagten Konservativen: Statt euch in diesen politischen Kurzschlüssen zu verlieren, widmet euch doch neuen Aufgaben. Zum Beispiel der Organisation des Eidgenössischen Schwingfest. Hier könntet ihr sogar vom Knowhow eurer eigenen Leute und der Leistungskraft der Wirtschaftskammer profitieren: So könnte doch Christoph Buser in Bubendorf eine Arena aufbauen mit Public Viewing und so. Das war 2008 ein riesiger Erfolg...

## PAROLEN 25. SEPTEMBER

### EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

→ **Ja** zum geordneten Atomausstieg

### BASELLAND

→ **2x Nein** zur Gesetzesinitiative und zum Gegenvorschlag «zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal»

→ **Nein** zum Landratsbeschluss betreffend Anpassung des Kantonalen Richtplans Basel-Landschaft (KRIP); Anpassung Objektblatt VE 3.1 Deponien und Richtplan-Gesamtkarte (Festlegung neuer Deponiestandorte)

→ **2x Ja** zur Änderung der Verfassung und des Gesetzes des Kantons Basel-Landschaft betreffend Einführung einer Energieabgabe zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich

### BASEL-STADT

→ **2. Wahlgang**

Regierungsrat:  
**Heidi Mück**  
**Hans-Peter Wessels**

Regierungspräsidium:  
**Elisabeth Ackermann**

### AGENDA

**19. November:**  
Atomausstiegsfest, Sissach

**27. November:**  
Wahl- und Abstimmungssonntag

**8. Januar 2016:** Neujahrsapéro,  
17 Uhr Markthalle / Kochnische